

## Das fordern die Krankenhäuser von der Bundesregierung:

- Kommt der gesetzlichen Pflicht nach und sorgt dafür, dass die Krankenhäuser 2024 die verdienten Tariflohnsteigerungen bezahlen können!
- Gebt den Krankenhäusern einen echten Inflationsausgleich!
- Lasst die Krankenhäuser – und damit ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nicht im Regen stehen!

**TUT ENDLICH WAS!**



### Herausgeber

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.  
Geschäftsführer: Matthias Blum  
Anschrift: Humboldtstraße 31, 40237 Düsseldorf  
Telefon: +49 211 4 78 19 – 0  
Telefax: +49 211 4 78 19 – 99  
E-Mail: [info@kgnw.de](mailto:info@kgnw.de)  
Internet: [www.kgnw.de](http://www.kgnw.de)  
(09/2023)

**DIE BESTE  
MEDIZIN:  
SAUBERE  
FINANZIERUNG!**



### Voller Tarifausgleich für gute Löhne

Sie haben sich die Tarifierhöhung verdient.

Wir wollen Ihnen die Tarifierhöhung zahlen.

Die Bundesregierung muss JETZT die Voraussetzung dafür schaffen!

**20.09.  
11:55 Uhr**  
DÜSSELDORF  
LANDTAG

## Worum es geht: Forderung an die Bundesregierung

Die Bundesregierung hat in Gestalt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser als Verhandlungsführerin mit der Gewerkschaft ver.di Ihre Tariferhöhung ausgehandelt: 2024 rund zehn Prozent mehr Lohn, auch für das Krankenhauspersonal. Zunächst in den kommunalen Krankenhäusern, doch mit Strahlkraft für alle Branchen-Tarifverträge. Sie, die Klinikmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, haben sich diese angemessene Lohnerhöhung vollkommen verdient.

### Doch nun lässt die Bundesregierung die Krankenhäuser im Regen stehen:

Sie verweigert ihnen einen ausreichenden Inflationsausgleich und die dauerhafte, vollständige Finanzierung der Tariferhöhung ab 2024. Die Kliniken wollen und müssen diesen Tarifvertrag umsetzen können – und das, ohne wirtschaftlich in Not zu geraten.

Wir fordern die vollständige Finanzierung der Tariferhöhung und einen echten Inflationsausgleich. Denn die Bundesregierung ist für die Betriebskosten der Krankenhäuser verantwortlich, und dazu zählen eben auch die Personalkosten.

**#RetteDeinKrankenhaus**

## Warum wir demonstrieren: Lage der Krankenhäuser

Die Corona-Pandemie hat die Krankenhäuser wirtschaftlich und leistungsbezogen an ihre Grenzen gebracht. Das scheint man schon vergessen zu haben. Die gestiegene Inflation verbraucht letzte Finanzreserven. Die zunehmenden Klinik-Insolvenzen sind düstere Vorzeichen. Die EINMALzahlungen des Bundes für Energiekosten im Jahr 2023 helfen durchaus für den Moment. Aber eben nur EINMAL.

Anders als jedes sonstige Wirtschaftsunternehmen können Krankenhäuser nicht mal eben selbst die Preise erhöhen, um ihre Einnahmen zu steigern. Das gesetzlich festgelegte Abrechnungsverfahren mit den Krankenkassen deckelt die „erlaubte“ Kostensteigerung. Diese Vorgabe muss die Bundesregierung ändern, damit die Kassen die höheren Tarife finanzieren können.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach beklagt öffentlich, dass immer mehr Krankenhäuser Insolvenz anmelden müssen – als hätte er nichts damit zu tun. Dabei liegt es in seiner Hand, das zu verhindern.

Wir fordern keine Almosen. Es ist die gesetzliche Pflicht der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass die Kliniken ihren Beschäftigten die verdiente Gehaltssteigerung bezahlen können.

Krankenhäuser gehören zur Daseinsvorsorge. Wir müssen rund um die Uhr mit unserer Ausstattung verlässlich für die Patientinnen und Patienten da sein. Wann immer das Leben uns braucht.

**Diese Verlässlichkeit ist in Gefahr.**

Wir schalten auf  
**ALARMSTUFE ROT.**

Die Inflation reißt ein Milliardenloch in den Haushalt der Krankenhäuser. 2022 durften diese nur 2,32 Prozent Mehrkosten geltend machen – bei einer Inflation von 6,9 Prozent. Im Jahr 2023 wurden 4,32 Prozent Kostensteigerung zugestanden – Inflationsrate: bisher zwischen 6,2 und 8,7 Prozent. Für 2024 wird nach dieser Systematik voraussichtlich nur eine Steigerung um rund 4 Prozent finanziert.

Allein in NRW haben 2023 bereits acht Kliniken Insolvenz angemeldet. Weitere werden folgen. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, werden die Krankenhäuser 2024 noch tiefer in die Verlustzone getrieben. Ihre Existenz wird gefährdet.

Kostenanpassungen sind derzeit aufgrund der gesetzlichen Vorgaben unmöglich. Die Bundesregierung muss das ändern. Sie weigert sich aber.